

## Nutzungsvereinbarung Business-Center CoLEVEL Paket Business (virtuelles Office)

Zwischen

GPA Ges. für PlasmaApplikation mbH  
Maybachstr. 37  
51381 Leverkusen (nachfolgend Anbieter)

und

Firma

Vorname Name  
(Inhaber / Geschäftsführer)

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

- nachfolgend Nutzer –

wird folgender Vertrag geschlossen:

### § 1.1 Leistungen

Die GPA mbH betreibt unter dem Namen CoLEVEL® ein Business-Center am oben genannten Standort, an dem Nutzer virtuelle / temporäre Büroarbeitsplätze mieten können. Im Rahmen des Paketes Business (virtuelles Office) werden dem Nutzer folgende Leistungen zur Verfügung gestellt:

- Ladungsfähige Firmenadresse in 51381 Leverkusen, Maybachstraße 37
- Firmenschild (auf Wunsch mit Logo) auf dem Firmenwegweiser / Gemeinschaftsbriefkasten des Business-Centers
- Empfang der Post
- Flexibler Schreibtisch in unseren Büroräumen während der Geschäftszeiten montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr
- Nutzung der Konferenzräume bis 8 Stunden / Monat

Der Preis des Paketes Business beträgt 390 € / Monat.

### § 1.2 Optionale Leistungen (bitte ankreuzen)

- Wöchentliche Weiterleitung der Post per Einwurfschreiben incl. Porto 50 € / Monat
- Individuelle Weiterleitung der Post per Einwurfschreiben 25 € pro Versand incl. Porto
- Scan2Email (Scanservice der Post) 50 € / Monat
- Eigene Festnetznummer mit Leverkusener Vorwahl und Weiterleitung auf beliebige Telefonnummer  
50 € / Monat

Alle Preise verstehen sich zzgl. der jeweils gültigen MWSt.

### §2 Vertragsbeginn und Kündigung

Der Vertrag soll beginnen am \_\_\_\_\_ (Monatsersten)

Der Vertrag beginnt mit Zahlung der Einrichtungskosten von 49 € zzgl. MwSt. und des Nutzungsentgelts für den ersten Monat sowie Übersendung der vollständigen Unterlagen. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 3 Monate.

Der Vertrag endet durch Kündigung mit eingeschriebenem Brief mit einer Frist von 1 Monat zum Monatsende.

Der Anbieter hat das Recht der außerordentlichen Kündigung, wenn

- Der Nutzer mehr als 4 Wochen mit Zahlung der Nutzungsgebühr im Verzug ist
- Der Nutzer gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstößt

### § 3 Zahlung

Das Nutzungsentgelt sowie die gewünschten Zusatzleistungen werden monatlich im Voraus auf das Konto des Anbieters bei der Kreissparkasse Köln IBAN DE25 3705 0299 0381 1147 09 BIC COKSDE33 überwiesen.

### § 4 Nebenstimmungen / Salvatorische Klausel

Die nachfolgend angeführten Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind ausdrücklich Teil dieses Vertrages.

Falls einzelne Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sind oder werden, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen und des gesamten Vertrags nicht berührt werden. Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien an Stelle der unwirksamen Regelung eine solche rechtswirksame Formulierung zu vereinbaren, die dem ursprünglich Gewollten am nächsten kommt. Als Gerichtsstand für eventuelle gerichtliche Auseinandersetzungen wird Leverkusen vereinbart.

Datum \_\_\_\_\_

---

Rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel

Anhang: Folgende Unterlagen sind beigelegt:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregister-Auszug
- Kopie Personalausweis

## Allgemeine Geschäftsbedingungen

### 1 Allgemeines

CoLEVel ist ein Projekt der GPA Ges. für PlasmaApplikation mbH (nachfolgend „Anbieter“), mit der die Verträge geschlossen werden. Für Leistungen, die der Anbieter gegenüber Vertragspartnern (nachfolgend „Nutzer“) erbringt, gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB).

### 2 Leistungsbeschreibung

Gegenstand ist die temporäre und/oder virtuelle Bereitstellung von Büroarbeitsplätzen einschließlich Internetzugang sowie die Bereitstellung von Besprechungs- und Seminarräumen (Coworking-Space) und die Erbringung von Bürodienstleistungen.

Die Arbeitsplätze des Coworking-Space sind ausgestattet mit: Tisch, Stuhl, Strom und Internetanbindung über WLAN. Die Arbeitsplätze dürfen ausschließlich für den im Vertrag angegebenen Zweck benutzt werden. Eine Änderung des Zwecks bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Anbieters. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung berechtigt den Anbieter zur fristlosen Kündigung des Vertrags.

Die allgemeinen Öffnungszeiten sind Mo. – Fr. von 8 bis 17 Uhr. Während dieser Zeiten kann der Nutzer die Räume im Rahmen seiner gebuchten Pakete nutzen; ein Anspruch auf einen freien Arbeitsplatz zu einem bestimmten, vom Nutzer gewünschten, Zeitpunkt besteht nicht.

### 3 Preise

Die aktuell angebotenen Leistungspakete können dem Internetauftritt und dem Preis- und Leistungsverzeichnis entnommen werden. Alle Preise verstehen sich netto zzgl. der jeweils gültigen Mehrwertsteuer.

### 4 Zahlung

Die Nutzungsgebühr ist monatlich im Voraus zu entrichten. Die Zahlung erfolgt per Überweisung auf das Geschäftskonto des Anbieters.

Bearbeitungskosten, die dem Anbieter aufgrund von Nichtzahlung entstehen, gehen zu Lasten des Nutzers.

### 5 Vertragsbeginn und Kündigung

Es besteht kein Anspruch auf Abschluss eines Vertrages. Es steht dem Anbieter frei, ein Angebot eines Nutzers zum Abschluss eines Vertrages ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Durch den Vertragsabschluss akzeptiert der Nutzer die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters. Die Anmeldung einer juristischen Person darf nur durch einen Vertretungsberechtigten vorgenommen werden.

Der Vertragsschluss erfolgt durch Unterschrift des Nutzers und des Anbieters auf dem Nutzungsvertrag sowie durch Zahlung der Nutzungsgebühr für den ersten Monat. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 3 Monate.

Mit seiner Unterschrift sichert der Nutzer zu, dass die angegebenen Daten vollständig und wahrheitsgemäß sind. Der Nutzer verpflichtet sich, etwaige Änderungen seiner Daten unverzüglich anzuzeigen.

Der Vertrag kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 1 Monat zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Der Anbieter hat das Recht zur fristlosen Kündigung, wenn der Nutzer mehr als 4 Wochen mit der Zahlung der Nutzungsgebühr im Verzug ist oder gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstößt. Das Recht auf Schadensersatz bleibt hiervon unberührt.

## 6 WLAN-Nutzung

Der Anbieter stellt einen Zugang zum Internet in Form eines WLAN-Zugangs („Hotspot“) zur Nutzung zur Verfügung. Die Bereitstellung des Hotspots richtet sich nach den jeweiligen technischen und betrieblichen Möglichkeiten.

Der Anbieter behält sich das Recht vor, den Zugang zum Hotspot im Falle notwendiger technischer Reparatur- und Wartungsarbeiten ohne vorherige Ankündigung zu ändern, zu beschränken oder temporär einzustellen.

Sofern der Nutzer Anmelde-Daten (wie z.B. Benutzername, Passwort, E-Mail etc.) erhalten hat, sind diese geheim zu halten und unbefugten Dritten nicht zugänglich zu machen. Sofern Tatsachen vorliegen, die die Annahme begründen, dass unbefugte Dritte von Zugangsdaten Kenntnis erlangt haben oder erlangen werden, muss der Anbieter unverzüglich informiert werden.

Der Nutzer ist verpflichtet, bei der Nutzung des Hotspots die geltenden Gesetze einzuhalten und haftet für jedwede Nutzung und/oder sonstige Aktivität, die unter seinen Zugangsdaten ausgeführt wird, nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Jegliche Handlungen bei der Nutzung des Hotspots, die gegen geltendes Recht verstoßen, Rechte Dritter verletzen oder gegen die Grundsätze des Jugendschutzes verstoßen, sind verboten. Insbesondere sind folgende Handlungen untersagt:

- das Einstellen, die Verbreitung, das Angebot und die Bewerbung pornografischer, gegen Jugendschutzgesetze, gegen Datenschutzrecht und/oder gegen sonstiges Recht verstoßender und/oder betrügerischer Inhalte, Dienste und/oder Produkte
- die Veröffentlichung oder Zugänglichmachung von Inhalten, durch die andere Teilnehmer oder Dritte beleidigt oder verleumdet werden
- die Nutzung, das Bereitstellen und das Verbreiten von Inhalten, Diensten und/oder Produkten, die gesetzlich geschützt oder mit Rechten Dritter (z.B. Urheberrechte) belastet sind, ohne hierzu ausdrücklich berechtigt zu sein
- die öffentliche Zugänglichmachung von urheberrechtlich geschützten Werken oder sonstige urheberrechtswidrige Handlungen, insbesondere bei der Nutzung von sog. „Internet-Tauschbörsen“ oder File-Sharing-Diensten.

Des Weiteren sind auch unabhängig von einem eventuellen Gesetzesverstoß bei der Einstellung eigener Inhalte auf der Internetseite des Diensteanbieters sowie bei der Kommunikation mit anderen Nutzern (z.B. durch Versendung persönlicher Mitteilungen, durch die Teilnahme an Diskussionsforen etc.) die folgenden Aktivitäten untersagt:

- die Übertragung überdurchschnittlich großer Datenmengen und insbesondere die anhaltende Übertragung solcher Datenmengen
- das Hosting eines Web-Servers oder anderer Server durch Nutzung eines Hotspots des Diensteanbieters
- die Änderung der vorgegebenen DNS-Server in den Netzwerkeinstellungen des Hotspots des Diensteanbieters
- die Versendung von Junk- oder Spam-Mails sowie von Kettenbriefen
- die Verbreitung von Viren, Trojanern und anderen schädlichen Dateien
- die Verbreitung anzüglicher, anstößiger, sexuell geprägter, obszöner oder diffamierender Inhalte bzw. Kommunikation sowie solcher Inhalte bzw. Kommunikation die geeignet sind/ist, Rassismus, Fanatismus, Hass, körperliche Gewalt oder rechtswidrige Handlungen zu fördern bzw. zu unterstützen (jeweils explizit oder implizit)
- die Aufforderung anderer Nutzer oder Dritter zur Preisgabe von Kennwörtern oder personenbezogener Daten für kommerzielle oder rechts- bzw. gesetzeswidrige Zwecke.

Ebenfalls untersagt ist jede Handlung, die geeignet ist, den reibungslosen Betrieb des Hotspots zu beeinträchtigen, insbesondere die Systeme des Anbieters unverhältnismäßig hoch zu belasten.

Der Nutzer ist für alle Handlungen, die er im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets über den Hotspot vornimmt, selbst verantwortlich. Er stellt den Anbieter von sämtlichen Forderungen, die Dritte wegen eines Verstoßes des Nutzers gegen gesetzliche Vorschriften, gegen Rechte Dritter (insbesondere Persönlichkeits-, Urheber- und Markenrechte) oder gegen vertragliche Pflichten, Zusicherungen oder Garantien geltend machen, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverteidigung (Rechtsanwalts- und Gerichtskosten in gesetzlicher Höhe) auf erstes Anfordern frei. Der Nutzer ist verpflichtet, im Falle der Geltendmachung von Ansprüchen unverzüglich und vollständig bei der Sachverhaltsaufklärung mitzuwirken und die hierzu erforderlichen Angaben in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

## 7 Haftung

Der Nutzer haftet bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit für alle von ihm verursachten Schäden unbeschränkt. Bei leichter Fahrlässigkeit haftet der Nutzer im Fall der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit unbeschränkt.

Der Anbieter haftet nur, soweit er eine wesentliche Vertragspflicht verletzt hat. Als wesentliche Vertragspflichten werden dabei abstrakt solche Pflichten bezeichnet, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. In diesen Fällen ist die Haftung auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens beschränkt. Soweit die Haftung ausgeschlossen oder beschränkt wird, gilt dies auch für Erfüllungsgehilfen.

Der Anbieter übernimmt ausdrücklich keine Haftung für die steuerliche oder rechtliche Situation des Nutzers. Hierzu ist in jedem Fall ein Steuerberater hinzu zu ziehen.

## 8 Datenschutz

Der Anbieter sorgt dafür, dass personenbezogene Daten nur erhoben, gespeichert und verarbeitet werden, soweit dies zur vertragsgemäßen Leistungserbringung erforderlich und durch gesetzliche Vorschriften erlaubt, oder vom Gesetzgeber angeordnet ist. Für den Fall, dass im Rahmen der Nutzung von Leistungen datenschutzrechtliche Einwilligungserklärungen vom Nutzer eingeholt werden, wird darauf hingewiesen, dass der Nutzer diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Im Übrigen gilt die Datenschutzerklärung auf der Webseite des Anbieters.

## 9 Schlussbestimmungen

Vereinbarungen bedürfen der Schriftform.

Falls einzelne Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sind oder werden, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen und des gesamten Vertrags nicht berührt werden. Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien an Stelle der unwirksamen Regelung eine solche rechtswirksame Formulierung zu vereinbaren, die dem ursprünglich Gewollten am nächsten kommt.

Der Anbieter behält sich vor, diese AGB jederzeit zu ändern. Die Änderung wird dem Nutzer umgehend mitgeteilt. Sofern der Nutzer der Änderung der AGB nicht innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Änderungsmitteilung schriftlich widerspricht, gelten die geänderten AGB als angenommen. Wird das Festhalten am Vertrag für den Nutzer aus diesem Grund unzumutbar, so steht ihm ein Sonderkündigungsrecht zu.

Leverkusen, den 15.09.2020